

B E S C H L U S S

über das Ergebnis der Sitzung des Kreistages am 17.12.2025 im Sitzungssaal des Kreishauses in Euskirchen, Jülicher Ring 32

TOP 3

Vollmitgliedschaft im Region Köln/Bonn e.V. hier: Antrag der Fraktionen CDU und SPD

A 1/2025

Herr Grutke, Bündnis 90/Die Grünen, teilt mit, dass mit dem Antrag 1/2025 der Fraktionen CDU und SPD ein Prüfauftrag vorliege, welchen er als sinnvoll bewerte, weil damit Vor- und Nachteile differenziert und in einem formellen Prüfverfahren abgewogen werden könnten.

Weiterhin stellt er fest, dass der Kreis räumlich mit der Region Köln/Bonn verflochten sei, zugleich aber eine faktische Bindung an den Aachener Raum über die Wirtschaftsregion und zahlreiche laufende Projekte habe. Für beide Regionen gebe es relevante Themenfelder und Förderkulissen.

Herr Grutke fordert ein transparentes Verfahren mit Faktencheck, klaren Rahmenbedingungen und Einbindung der Kommunen. Als Ergebnis könne aus seiner Sicht auch festgestellt werden, dass eine Zugehörigkeit zu beiden Regionen möglich sei.

Weiterhin erläutert er, dass die Mitgliedschaftskosten von ca. 280.000 Euro nur dann überzeugend seien, wenn ein belastbarer Mehrwert nachgewiesen werde. Aktuell zeigten Interreg-Mittel und laufende Förderprojekte aus Richtung Aachen bereits einen deutlichen Nutzen, der nicht ohne Not aufgegeben werden solle. Er warnt vor Risiken durch temporäre Doppelstrukturen und doppelten Kosten sowie vor Gefährdungen von aktuell laufenden Förderprogrammen und gemeinsamen Projekten.

Abschließend betont er, dass für den Eintritt in den Region Köln/Bonn e.V. ein konkreter, faktenbasierter Plan fehle und er hinterfragt, ob ein realer Mehrwert tatsächlich beim Kreis ankomme. Seine Fraktion lehne daher einen übereilten Wechsel ab, welcher zugleich den Wirtschaftsraum Aachen schwäche.

Herr Wendorf, Die Linke, teilt die kritische Haltung von Herrn Grutke. Zudem kritisiert er, dass die im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Tourismus erbetene tabellarische Übersicht der laufenden Förderprogramme nicht, sondern stattdessen eine Kommentierung der Projekte durch den Zweckverband vorgelegt worden sei.

Herr Schorn, FDP-Fraktion, befürwortet den Austritt aus dem Region Aachen Zweckverband und den Eintritt in den Region Köln/Bonn e.V. Es handele sich aus seiner Sicht um eine überfällige Weichenstellung für die Entwicklung des Kreises Euskirchen. Die

Orientierung Richtung Rheinschiene werde einen Mehrwert generieren, ähnlich wie beim Rhein-Erft-Kreis.

Der Vorsitzende betont, dass es sich um eine große Grundsatzentscheidung für einen jüngst gewählten Kreistag handele, die regionale Verortung des Kreises grundlegend zu verändern. Die Verwaltung sei bemüht, den Sachverhalt dem Kreistag mit größtmöglicher Transparenz und Sachlichkeit darzustellen.

Er kritisiert, dass in Stellungnahmen teils Droh- und Angstszenerien gezeichnet würden, obwohl die Arbeit des Zweckverbandes nicht grundsätzlich in Frage gestellt werde.

Zur Einordnung zitiert der Vorsitzende aus der vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW vorliegenden Mail: die Einschätzung des Zweckverbandes beruhe offenbar auf einem Missverständnis der EU-Regeln. Das Programmgebiet des grenzüberschreitenden Kooperationsprogramms Maas-Rhein, darunter der Kreis Euskirchen, sei auf Ebene der NUTS-3-Gebiete aufgeführt, eine Mitgliedschaft in einem Zweckverband oder einer Euregio sei dafür nicht Voraussetzung.

Der Zugang zu EU-Förderprogrammen sei ausdrücklich nicht an eine Mitgliedschaft im Region Aachen Zweckverband gekoppelt; eine anderslautende Darstellung vermittele den Kreistagsmitgliedern ein falsches Bild.

Weiter gibt er aus der Mail des Ministeriums wieder: aus Perspektive der EU- und Landesbestimmungen spreche alles dafür, dass der Förderzugang für den Kreis Euskirchen weiterhin uneingeschränkt bestehe. Er hebt hervor, dass hierzu ein mehrfacher Austausch mit dem Ministerium stattgefunden habe und eine sehr eindeutige Rückmeldung vorliege.

Abschließend erklärt er, dass der Kreistag in der Abwägung zu entscheiden habe, ob mögliche Mehrwerte beim Region Köln/Bonn e.V. einen Austritt aus dem Region Aachen Zweckverband rechtfertigten oder nicht. Zugleich weist er darauf hin, dass die Regionen nicht durch das Land NRW gegliedert worden seien, sondern sich selbst zusammengeschlossen hätten, sodass ein Wechsel grundsätzlich möglich sei. Entscheidend sei, dass die Beratung und Information des Kreistages auf einem klaren Faktencheck beruhe und die ministerielle Einschätzung hierzu bekannt sei.

Herr Waasem, SPD-Fraktion, führt aus, dass es aus der Perspektive eines Menschen im Kreis Euskirchen der Lebensrealität entspreche, sich im Alltag eher in Richtung Köln/Bonn als in Richtung Aachen zu orientieren. Der Kreis Euskirchen sei historisch in unterschiedlichen regionalen Kontexten verortet gewesen, mal Richtung Bonn, mal Richtung Köln, mal Richtung Aachen.

Er betont, die Frage eines Austritts aus dem Region Aachen Zweckverband und eines Eintritts in den Region Köln/Bonn e.V. eigne sich nicht für eine emotionalisierte Debatte. Die inhaltlichen Argumente dafür und dagegen seien intensiv beraten und gegeneinander abgewogen worden. Die antragstellenden Fraktionen hätten eine rationale und informierte Entscheidung getroffen.

Herr Waasem stellt abschließend klar, dass dies nicht als Gering-schätzung der Arbeit der Region Aachen und der dortigen Akteure zu verstehen sei. Die Entscheidung beruhe auf Fakten und Tatsachen. Zudem sehe er den Zeitpunkt als geeignet an, weil eine gute Informationsbasis durch die Verwaltung vorliege.

Herr Grutke, Bündnis 90/Die Grünen, kritisiert, dass ein erforderlicher seriöser Faktencheck einem aufgebauten Zeitdruck untergeordnet sei, der mit einzuhaltenden Kündigungsfristen begründet werde. Er wirft die Frage auf, ob man sich diesem Zeitdruck beuge oder ob man die Situation nochmals bis ins Detail durchdenken wolle.

Weiterhin erklärt er, dass die behauptete Faktenlage nicht vorliege. Unterstützungsbekundungen per E-Mail seien dafür kein Ersatz. Er kritisiert, dass eine vollständige Darstellung der Angebots- und Beteiligungsmöglichkeiten des Region Köln/Bonn e.V. fehle. Er betont, es gebe keine validen Grundlagen, die einen Wechsel rechtfertigten. Stattdessen werde mit Erwartungen und Wunschen denken argumentiert. Aus seiner Sicht sei eine Beteiligung am Agglomerationsprozess elementar für die künftige Entwicklung. Dazu finde sich allerdings in den vorliegenden Unterlagen kein klarer Hinweis. Falls diese Beteiligung nicht erfolge, sei der Mitgliedbeitrag eine Fehlinvestition.

Abschließend führt er aus, dass ohne eine klare Angebots- und Bewertungsgrundlage das Vorhaben mit erheblichem Risiko verbunden sei. Dieses Risiko trage seine Fraktion nicht mit.

Herr Stickeler, CDU-Fraktion, führt aus, dass dies keine überraschende Entwicklung sei. Die CDU-Fraktion habe das Thema bereits vor Jahren diskutiert und die Entwicklungen mit dem Region Aachen Zweckverband seit geraumer Zeit beobachtet. Der nun vorgeschlagene Schritt, sich dem Verein Region Köln-Bonn e.V. zuzuwenden, sei folgerichtig. Herr Dr. Molitor, geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim Region Köln/Bonn e.V., habe den Verein bereits in der Vergangenheit in Ausschüssen vorgestellt, sodass davon ausgegangen werde, dass alle Fraktionen informiert seien. Die Verwaltung habe auf den Prüfauftrag seriös und umfassend informiert, weshalb man sich ausreichend in Kenntnis gesetzt sehe. Abschließend teilt er mit, dass die CDU-Fraktion darin eine große Chance für den Kreis sehe und diese Entscheidung zuversichtlich mittrage. Er spricht sich dafür aus, die Angelegenheit nicht weiter aufzuschieben.

Auf Antrag von Herrn Kohlheyer, CDU-Fraktion, beendet der Vorsitzende die Rednerliste, da sich kein Widerspruch erhebt.

Der Vorsitzende lässt über folgende Beschlussfassung abstimmen:

Der Kreistag beschließt,

1. den Austritt aus dem Region Aachen Zweckverband zum 31.12.2027 mit einer fristgerechten, schriftlichen Kündigung zum 31.12.2025 gegenüber dem Zweckverband zu veranlassen und
- 2.
3. die Vollmitgliedschaft im Region Köln/Bonn e.V. zum 01.01.2027 zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, bei acht Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und 1 Mitglied der AfD-Fraktion)